



Konvent für Deutschland

Observer

Mitteldeutsche Zeitung, Halle

Samstag 25.03.2006

Tageszeitung
Erscheint: täglich

Gesamtauflage verbreitet: 281.278
Gesamtauflage verkauft: 279.248

Observer Argus Media GmbH
Hilfenstraße 16
D 70736 Fellbach

Tele: +49 7141 53651-0
Fax: +49 7141 67531-11
info@observer.de

Ausgabe, Ort	Auflage verbreitet	Anzeigen- äquivalenz	interne Pub.-Nr.
○ Mitteldeutsche Zeitung, Halle	56.285		107200
● Mitteldeutsche Zeitung, Ritterfeld	19.953		107201
○ Mitteldeutsche Zeitung, Dessau	23.173		107202
○ Mitteldeutsche Zeitung, Wittenberg	20.785		107203
○ Mitteldeutsche Zeitung, Esleben	13.382		107205
○ Mitteldeutsche Zeitung, Merseburg	24.046		107208
○ Naumburger Tageblatt, Naumburg	16.249		107209
○ Mitteldeutsche Zeitung, Sangerhausen	13.810		107211
○ Mitteldeutsche Zeitung, Zeitz	11.804		107213
○ Mitteldeutsche Zeitung, Gräfenhainichen	5.735		107251
○ Mitteldeutsche Zeitung, Hohenmülsen	8.036 A		107252
○ Mitteldeutsche Zeitung, Aschersleben	9.931		107255
○ Mitteldeutsche Zeitung, Hettstedt	9.658		107256
○ Mitteldeutsche Zeitung, Köthen	13.333		107257
○ Mitteldeutsche Zeitung, Quedlinburg	14.694		107258
○ Mitteldeutsche Zeitung, Weißenfels	8.036 A		107259
○ Mitteldeutsche Zeitung, Bernburg	12.068		107260
1 erschienene Meldung(en), Summe:	19.953		

Region:
Sachsen-Anhalt
Nielsengebiet 5

Verlag:
Mitteldeutsches Druck- und
Verlagshaus GmbH
Deitzscher Str. 65

06112 Halle
Fax: 0345/565 4350
Tel.: 0345/565 0

Föderalismus-Debatte

Bei „Initiative Mitteldeutschland“ herrscht Eiszeit

Zu „Einfluss der Länder brems
die Reformen“, MZ vom 6. März:

Zur Föderalismusreform hat sich nun auch Klaus von Dohnanyi - ein Mitglied des „Konvents für Deutschland“ - geäußert. Doch das Hickhack um die Verteilung von Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern interessiert die meisten Bürger wohl kaum. Es sei denn, eine Familie zieht mit ihren schulpflichtigen Kindern der Arbeit hinterher in ein anderes Bundesland und merkt, dass es im Bildungswesen der Länder erhebliche Unter-

schiede gibt. Die Pisa-Studie hat gezeigt, dass die oft gepriesenen Unterschiede nicht dem Wohle der Gesamtheit dienen.

Aber nun zum Wesentlichen, das mit Herrn von Dohnanyi nicht diskutiert wurde: das Festhalten an der Kleinstaaterei. Vom Saarland und von Bremen, denen Berlins Senator Sarrazin das Existenzrecht als eigenständige Bundesländer abgesprochen hat, sei hier gar nicht erst die Rede. Bleiben wir vor der Haustür. Die drei CDU-Ministerpräsidenten - Böhmner (Sachsen-

Anhalt), Milbradt (Sachsen) und Althaus (Thüringen) - hatten sich 2003 auf eine „Initiative Mitteldeutschland“ geeinigt. Doch jetzt herrscht Eiszeit. Das Warum hat Prof. Dr. Spottka, Landtagspräsident von Sachsen-Anhalt, beim Festakt 15 Jahre Sachsen-Anhalt beantwortet: „Augenscheinlich ist, dass die von Politikern allseits bekundete Reformbereitschaft zu bröckeln anfängt, wenn die Reformen eigenen Macht- beziehungsweise Partikularinteressen zuwiderlaufen.“ Übrigens heißt es im Grundgesetz der Bundesrepublik

Deutschland: „Das Bundesgebiet kann neu gegliedert werden, um zu gewährleisten, dass die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können“ (Art. 29). Es wird höchste Zeit für eine Reduzierung der Anzahl der Bundesländer. Und höchste Zeit wird es auch, dass Bundesregierung und Parlament das Festhalten an zwei Kosten aufwendigen Regierungssitzen aufgeben. Denn noch immer arbeiten in Bonn eine Vielzahl von Ministeriumsmitarbeitern.
Dr. Helmut Pietzke, Halle